Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholts-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 48 | Freitag, den 17. Februar | Jahrgang 1928

Die Verhandlungen über den Arbeitsplan des Reichstages noch nicht abgeschlossen.

Einigung über das Notprogramm oder sofortige Auflösung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 16. Febr. (Drahtb.)

Fast sämtliche Fraktionen des Reichstages befaßten sich heute ebenso wie die Reichsregierung damit, Vorschläge zu formulieren, die dem Rahmenprogramm für den Rest der Wahlperiode den erforderlichen Inhalt geben sollen. Das Rahmenprogramm sieht bekanntlich vor, daß im Laufe der nächsten Wochen außer dem Etat und dem Notetat auch für die Landwirtschaft und für die Arbeiterschaft gesetzgeberisch noch etwas getan werden soll, ebenso wie man noch das Liquidationsschädengesetz zur Verabschiedung bringen will. Darüber, daß all dies Material noch nachgeprüft werden soll, herrscht bei den Fraktionen und der Regierung eine einmütige Auffassung. Ueber den Inhalt des Rahmenprogramms, d. h. über das materielle Notprogramm, wird noch ein heißer Kampf zu führen sein, dessen Ausgang erst am Freitag abend zu erwarten ist. Zeigt es sich nämlich, daß alle Fraktionen die nötige Einsicht aufbringen, in weiser Selbstbeschränkung auf überspannte Agitationsanträge zu verzichten, so wird bis Ende März weiter getagt. Diese Entwicklung wäre sowohl aus außenpolitischen, speziell reparationspolitischen Gründen wie auch aus innerpolitischen Erwägungen zu begrüßen. Sollte jedoch die eine oder die andere Partei glauben, den Augenblick der mehr als eigenartigen parlamentarischen Situation zu parteiegoistischen Zwecken ausschlachten zu können, so würde voraussichtlich am Freitag abend noch die Sterbestunde des Reichstages schlagen. Denn es wäre untragbar, wenn von einigen Fraktionen Anträge gestellt würden, die wegen ihrer finanziellen Auswirkung zu schwersten Besorgnissen Anlaß geben müßten. Würden die Anträge angenommen, so würde der Etat mit Lasten bepackt, die von einer späteren Koalition nicht verantwortet werden könnten. Würden aber die Anträge der Ablehnung verfallen, so gingen die Antragsteller vor der Wahl hinaus ins Land und würden darauf hinweisen, was sie für einzelne Berufsstände alles hätten tun wollen, wenn sie nicht daran gehindert worden wären. Gegen solche Möglichkeiten muß Vorsorge getroffen werden. Wie man hört, beabsichtigen die Deutschnationalen ein umfangreiches Agrarprogramm zu präsentieren. Die Demokraten werden, wie es heißt, gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei ein sehr weitgehendes Kriegsrentnerversorgungsgesetz einbringen. Sofern sich dies bewahrheitete, dürfte es schwer fallen, ein vernünftiges Notprogramm aufzustellen.

Die Reichsregierung ist heute mit ihren Beratungen nicht zu Ende gekommen. Sie konnte sich nur über das Kriegsschädenschlußgesetz einigen. Am Freitag gehen die Beratungen weiter. Die Auffassung über die Gesamtlage ist geteilt. In Regierungskreisen scheint man optimistisch zu sein, während einzelne Parlamentarier eine entgegengesetzte Meinung haben. Das Zentrum ist jedenfalls bereit, von sich aus keinen Anlaß zur Verhinderung der Beratung der unbedingt notwendigen Gesetzesvorlagen zu geben. Sollten andere Fraktionen das Parteiwohl über die vaterländischen Interessen stellen, dann wird, wie gesagt, nichts übrig bleiben, als am Freitag abend noch den Reichstag aufzulösen. Es ist unmöglich, die Entscheidung noch länger hinauszuschieben, da bekanntlich am Samstag nach den Beschlüssen des Aeltestenrates über die Faschingstage hinweg eine achttägige Pause in den Plenarberatungen eintreten soll.

Vor der Plenarsitzung hielten die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung heute kurze Sitzungen ab, in denen lediglich der Bericht der Fraktionsführer über die Besprechung mit dem Vizekanzler entgegen genommen wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Das Reichskabinett befaßte sich in den heutigen Nachmittagsstunden mit dem in Aussicht genommenen Arbeitsprogramm. Zunächst wurde die Frage der Liquidationsentschädigungen behandelt. Das Kabinett stellte sich einmütig auf den vom Reichsfinanzminister vertretenen Standpunkt, daß das vorliegende Liquidationsschädengesetz als ein Schlußgesetz angesehen werden müsse. Der Reichsfinanzminister teilte diese Entscheidung sofort den Parteiführern mit. Das Kabinett beschäftigte sich dann weiter mit den übrigen Punkten des Arbeitsprogramms. Die Beratung hierüber konnte jedoch heute nicht zum Abschluß kommen und wird am Freitag fortgesetzt werden.

Was das Liquidationsschädengesetz anlangt, so verlautet, daß die früheren Koalitionsparteien im Reichstag eine Entschließung einbringen werden, in der die Regierung ersucht wird, eine Berücksichtigung der deutschen Verpflichtungen nach Artikel 297 des Versailler Vertrages bei späteren Verhandlungen über eine Neuregelung der Reparationsfrage zu erreichen.

Nach der Kabinettssitzung fand eine Parteiführerbesprechung statt. Die Vertreter aller vier beteiligten Parteien erklärten sich mit der vom Kabinett beschlossenen Lösung der Liquidationsfragen einverstanden, Meinungsverschiedenheiten bestanden nur noch über die Entschädigungssätze. Eine neue Staffelung dieser Sätze soll bis zum Freitag gesucht werden.

Das Reichskabinett wird morgen den ganzen Tag über an der Aufstellung des Gesamtprogramms arbeiten, und es ist beabsichtigt, es morgen abend dann den Parteiführern vorzulegen, die sich von 5 Uhr an für diese Besprechung bereithalten. Ueber die Frage, ob es möglich sein wird, dann eine Einigung herbeizuführen, äußern sich alle maßgebenden Stellen der Regierungsparteien äußerst vorsichtig. Sollte es gelingen, so würden am Sonnabend die Verhandlungen mit den Oppositionsparteien weitergeführt werden. Vorläufig werden aber die Schwierigkeiten noch sehr ernst eingeschätzt. Unter Umständen ist für morgen Nacht mit langen Verhandlungen, Fraktionssitzung usw. zu rechnen. Wenn die Verhandlungen scheitern, so wird darauf gedrängt werden, daß die Neuwahlen unter allen Umständen am 25. März stattfinden.

★

Beratungen des Zentrums.

Ohnmachtsanfall des Abg. Wieber.

Von unserer Berliner Redaktion.

÷ Berlin, 16. Februar. (Drahtb.)

Die Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages hielten heute abend eine gemeinsame Sitzung ab, um die politische Situation eingehend zu besprechen. An der Diskussion beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der beiden Fraktionen. Die Sitzung erfuhr nach fast zweistündiger Dauer gegen 18,30 Uhr eine Unterbrechung, da der Reichstagsabgeordnete Franz Wieber, der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes, in dem Augenblick, als er in der Debatte die Aussperrung der Metallarbeiter in Mitteldeutschland besprach, einen Ohnmachtsanfall erlitt und zusammenbrach. Während die Anwesenden den Sitzungsraum verließen, bemühte sich Abgeordneter Dr. Stemmler von der Preußenfraktion um den Patienten. Nach einigen Minuten traf auch Dr. Bayersdörfer von der Bayrischen Volkspartei ein, um seinem Kollegen zu assistieren. Abgeordneter Wieber wurde in das Lazarettzimmer des Reichstages getragen, wo sich sein Zustand wieder etwas besserte. Da er aber in dieser Woche bereits zweimal einen gleichen Anfall erlitten hat, gilt sein Zustand als bedenklich, zumal er das 70. Lebensjahr schon überschritten hat.

Nach Verlauf von einer Stunde gingen die Fraktionsberatungen weiter. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Aussprache ergab aber völlige Uebereinstimmung zwischen beiden Fraktionen in der Beurteilung der politischen Lage. Ebenso bestand Uebereinstimmung darüber, daß gleichzeitig mit der Auflösung des Reichstages auch die des Preußischen Landtages erfolgen soll und die Neuwahlen zu beiden Parlamenten gleichzeitig erfolgen. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages wird sich am Sonnabend mit der politischen Lage befassen.

★

Die Besprechungen zwischen Regierung und Parteien.

Das Kriegsschädenschlußgesetz.

Berlin, 16. Februar.

Die Verhandlungen über das Arbeitsprogramm der Reichsregierung wurden heute vormittag bereits fortgesetzt, und zwar wurde zunächst der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, Abg. Drewitz, vom Vizekanzler Hergt empfangen und erklärte die grundsätzliche Bereitwilligkeit seiner Fraktion an der schleunigen Aufarbeitung des dem Reichstage noch vorliegenden dringendsten Arbeitsstoffes mitzuwirken. Die endgültige Stellungnahme behält sich die Wirtschaftliche Vereinigung vor, bis zum Freitag, wo das Notprogramm der Regierung den Parteien vorgelegt werden soll.

Später stattete Vizekanzler Hergt dem Reichspräsidenten einen Besuch ab und unterrichtete ihn über den augenblicklichen Stand seiner Bemühungen. Zu gleichem Zwecke war auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns beim Reichspräsidenten.

Die sozialdemokratischen Forderungen.

÷ Berlin, 16. Febr. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in einer Sitzung, die heute abend stattfand, damit einverstanden erklärt, daß der Etat und der Nachtragsetat unter Kontingentierung der Debatten bis spätestens Ende März erledigt wird. Dabei ausdrücklich betont, daß diese Zustimmung zum Arbeitsprogramm der Regierung noch keine Zustimmung zum Etat bedeute. Die Fraktion könne ihre Aenderungsanträge verantworten, denn die beim Wehretat und anderen Positionen beantragten Streichungen gingen weit über die Erhöhungsanträge hinaus. Der Kleinrentnerunterstützung will die Fraktion zustimmen mit der Maßgabe, daß gleichzeitig auch die Bezüge der Sozialrentner aufgebessert werden. Die Fraktion erklärt sich grundsätzlich bereit, die Verabschiedung des Gesetzes zugunsten der Liquidationsgeschädigten zu fördern. Sie ist auch bereit, einem Ueberleitungsgesetz für die Strafrechtsreform zuzustimmen, spricht aber die Erwartung aus, daß die bisherigen Regierungsparteien keine Anträge auf Erhöhung der Etatspositionen und beim Nachtragsetat für die Landwirtschaft stellen werden. Schließlich erklärte die Fraktion, daß sie die erwähnten Verpflichtungen nur aufrechterhalten will, wenn die Auflösung des Reichstags soerfolgt, daß die Neuwahlen spätestens am 13. Mai vorgenommen werden.

★

Der Reichstag arbeitet noch!

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 16. Febr. (Drahtb.)

Nach außen hin ungestörte Ruhe; in den Beratungszimmern regste Tätigkeit. So kann für Donnerstag die Lage im Reichstag charakterisiert werden. Ein in die politischen Verhältnisse uneingeweihter Beobachter hätte bei einem Aufenthalt im Reichstagsgebäude den Eindruck gewinnen können, als ob in letzter Zeit garnichts Besonderes vorgefallen sei. Auf dem Hause flattert lustig die schwarz-rot-goldene Fahne, Autos und Fußgänger kommen an wie sonst. In den Wandelhallen sieht man Abgeordnete vorbeischlüpfen, die immer so tun, als ob sie keine Minute Zeit hätten, während in Wirklichkeit ihre hastige Eile nur den Versuch bedeutet, einem lästigen Bittsteller möglichst rasch aus dem Wege zu gehen. Im Plenarsitzungssaal weisen die Tribünen kargen Besuch auf, was zum Teil auf das heutige Regenwetter, zum Teil auf die freilich nicht erfüllte Erwartung eines Eintritts von Sensationen zurückzuführen ist. Die Tische der Abgeordneten bergen Stöße von Drucksachen, aber die Stühle der Parlamentarier sind zu 99 Prozent verweist. Schaut man von oben in den Saal hinab, so fällt einem unwillkürlich das Dichterwort ein: „Da unten aber ist's fürchterlich." Die Debatte dreht sich um den Etat des Reichsarbeitsministeriums. Alles geht seinen gewohnten Gang.

Ein etwas anderes Gesicht hatten die Ausschüsse, die heute Sitzungen abhielten. Der Haushaltsausschuß hat zwar beschlossen, am Freitag und Samstag zu tagen. Der Strafrechtsausschuß und der Volkswirtschaftsausschuß dagegen haben der veränderten Situation bereits Rechnung getragen. Der Volkswirtschaftsausschuß hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt, während der Strafrechtsausschuß nur noch eine letzte Sitzung am 29. Februar abzuhalten gedenkt.

Ob dies möglich sein wird, muß sich am Freitag herausstellen. Selbstverständlich war von gar keiner Bedeutung für die Weiterberatung im Reichstag der Antrag der Kommunisten auf sofortige Reichstagsauflösung. Um diese „Aktion" kümmern sich, wie die Abstimmung im Plenum ergab, die bisherigen Regierungsparteien ebenso wenig wie die Sozialdemokraten und Demokraten. Auch das von den Kommunisten gestellte Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett spielte keine Rolle. Den Ausschlag für sofortige Auflösung oder Weiterberatung bis Ende März vermag nur die Einstellung der Fraktionen zu den verschiedensten Problemen zu geben, die noch zur Debatte gestellt werden dürften. Hinter den Kulissen wurde dann auch eifrig von allen Fraktionen über die sogenannten Notstandsmaßnahmen beraten.

★

Preußen für gleichzeitige Wahlen, aber nicht vor Ende April.

Berlin, 16. Februar.

Aus maßgebenden Kreisen der preußischen Regierungskoalition wird dem Nachrichtenbüro des V. D. Z. erklärt, daß eine sofortige Auflösung des Reichstages für den Landtag insofern unerwünscht und unannehmbar wäre, als damit verhindert würde, daß der rechtzeitig eingebrachte preußische Etat für 1928 nun auch verabschiedet werden kann. Dies würde nicht nur bedeuten, daß die bisher geleistete umfangreiche Etatsarbeit fruchtlos bliebe, sondern, daß namentlich auch die großen und wichtigen Aufgaben des preußischen Staates auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, der Fürsorge für die Grenzgebiete usw. eine unerträgliche Verzögerung erfahren. Wenn die Länder, so wird hinzugefügt, schon das Opfer bringen sollen, ihre Wahlen zusammen mit denen zum Reichstage durchzuführen, dann möchten sie wenigstens noch ihren Etat für 1928 im Interesse einer geordneten Staatswirtschaft verabschieden. Würde das verhindert, so wäre es, abgesehen von den bedeutsamen und für das preußische Volk sehr unliebsamen praktischen Auswirkungen auch eine Belastung für alle Parteien im Länderwahlkampf, denen man dann mit Recht vorwerfen könnte, daß sie nicht einmal die erste Voraussetzung parlamentarischer Arbeit erfüllt und den Staatshaushalt verabschiedet hätten. Da der Landtag den Etat bis Ostern verabschieden will, würde eine Neuwahl vor Ende April für ihn unannehmbar sein.

Der vereitelte Schulfriede.

Kein Wort des in der Nachkriegszeit zu besonderer Berühmtheit gelangten Friedrichs des Großen ist uns im Geschichtsunterricht so sehr ins Hirn gehämmert worden, als sein Ausspruch, daß in seinem Lande jeder nach seiner Façon selig werden solle. Das Wort wurde als Beweis für die Toleranz des alten Fritz gegenüber den verschiedenen Konfessionen zitiert und für seine Staatsweisheit überhaupt. In einem Lande, in dem neben katholischen und evangelischen Staatsbürgern noch Israeliten, Konfessionslose und Angehörige aller möglichen Sekten wohnen, kann in der Tat ein reibungsloses Neben- und Miteinander der Bevölkerung, Zufriedenheit und uneingeschränkte Liebe zum Staate nicht erreicht werden, wenn nicht Toleranz auf religiösem und kulturpolitischem Gebiete herrscht.

Diesem Gedanken ist bei den Weimarer Verhandlungen um das Schulkompromiß Rechnung getragen worden. Man stellte drei große, in ihren Anschauungen über den Charakter der Volksschule voneinander abweichende Richtungen fest, und dementsprechend „verankerte" man die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die religionslose oder Weltanschauungsschule in der Verfassung. Dabei fand allerdings eine gewisse Bevorzugung der Gemeinschaftsschule insofern statt, als man sie dort als die gegebene Schulart hinstellte, wo nicht die Erziehungsberechtigten, deren Wille möglichst zu berücksichtigen sein soll, Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung verlangen. Eine weitere Bevorzugung der Gemeinschaftsschule liegt in der Bedingung des in Frage stehenden Artikels 146 der Reichsverfassung, daß die Einrichtung der anderen Schulen einen geordneten Schulbetrieb nicht beeinträchtigen darf. Und schließlich wird die Gemeinschaftsschule noch durch den Artikel 174 begünstigt, der in seinem zweiten Satz besagt, daß das vorgesehene Reichsschulgesetz Gebiete des Reiches, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule, also die Gemeinschaftsschule, gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen hat.

Der Versuch, ein Reichsschulgesetz zustande zu bringen, das diesen Gesichtspunkten der Verfassung Rechnung trägt, ist jetzt an der Intoleranz der Deutschen Volkspartei gescheitert. Mit einer Rücksichtslosigkeit, die ihres gleichen sucht, hat diese Partei die Anschauungen des Liberalismus durchzudrücken versucht. Ihr Verhalten war so außerordentlich brüsk, daß danach die Koalition nicht länger als bestehend angesehen werden konnte.

Gab es auch noch andere Differenzpunkte, so handelte es sich doch hauptsächlich um den Paragraphen 20 des Schulgesetzentwurfes, der die im Artikel 174 der Reichsverfassung geforderte besondere Berücksichtigung für die Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, also für die sogenannten Simultanschulländer, festlegen sollte. Der Meinungsstreit ging von Anfang an darum, was unter dieser „besonderen Berücksichtigung" zu verstehen sei. Der bekannteste und maßgeblichste Kommentar der Reichsverfassung ist der des Heidelberger Rechtslehrers Professor Dr. Anschütz. Daß Anschütz auch in volksparteilichen Kreisen als Autorität auf dem Gebiete des Verfassungsrechts gilt, beweist seine häufige Zitierung in der volksparteilichen Presse. Noch dieser Tage bezog sich in irgendeiner anderen Frage die „Kölnische Zeitung", die Bannerträgerin des Kulturliberalismus, auf ihn. Was sagt also Anschütz in seinen Bemerkungen zu Artikel 174 über die Simultanschulländer-Bestimmung?

Es sei eine Schutzbestimmung, erklärt er, die im Interesse und auf Wunsch der Länder aufgenommen sei, in denen die Simultanschule schon vor der Revolution bestand oder in der Zwischenzeit, vor dem Inkrafttreten der Verfassung, eingeführt worden sei. Die diesen Ländern zugesicherte „besondere Berücksichtigung" bestehe darin, daß in ihnen die durch Artikel 146 Absatz 2 ermöglichte Konfessionalisierung der Volksschule auf Grund von Beschlüssen der Erziehungsberechtigten durch das Ausführungsgesetz zum Artikel 146 (also durch das Reichsschulgesetz) so weit erschwert werden solle, als sich dies mit der Tendenz des Artikels 146 Absatz 2 vertrage. Der Vertreter der Reichsregierung, Unterstaatssekretär Schulz — es ist das der im vorigen Jahre aus dem Reichsinnenministerium ausgeschiedene Staatssekretär und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schulz, der sogen. Bildungs-Schulz — habe zu dieser Bestimmung des Artikels 174 in der Nationalversammlung (am 31. Juni 1919) bemerkt: „In solchen Fällen (nämlich da, wo die Simultanschule gesetzlich besteht) ist die Abweichung von der gemeinsamen Schule, sofern nicht ihre Aufrechterhaltung möglich ist, zu erschweren, sei es durch die Forderung einer stärkeren Zahl von Erziehungsberechtigten, sei es durch die Einführung von Sperrfristen, sei es auf andere Weise." Keinesfalls werde aber, sagt Anschütz hierzu weiter, die „besondere Berücksichtigung" so weit gehen dürfen, daß die Errichtung von Konfessionsschulen unmöglich und damit der Absatz 2 des Artikels 146 für die betreffenden Länder und Landesteile illusorisch gemacht werde.

Der Keudellsche Schulgesetzentwurf sah für die Simultanschulländer eine mehrjährige Frist vor,

...ssen Kaffee ...er Bohnensorten ...rüft. ...Hälfte war mit ... von „Weberi ...der" bereitet. ...mann war nicht ...sie herauszufin- ...fach und unauf- ...t sich Weber's ...der Geschmacks- ...ebohne an. Der Prüfende ...n verbunden ...höne goldbrau- ...die Klarheit ...m die Zutat ...Carlsbader

Notverkauf ...el-Limousine 4 Ps ...wie neu 2500.— Mk. im Auftrage Autohaus Josef Becher, Wesel, Tel. 2306. Vertretung für Opel NSU BMW DKW Zündapp Standard.

Zwei hochtragende schwarzbunte Rinder von guten Mutter- ...ieren mit Leistungs- ...achweis abstammend ...at preisw. zu verkau- ...en od. zu vertauschen ...ch. Schüling, Viehh. ...Ostwall 58. Tel. 2907.

Tüchtige Jacquard-Weber ...esucht, gute Verdienst- ...öglichkeit. Gebrüder Schultz, ...mech. Buntweberei, Duisburg, Grabenstr. 55.

Ein intelligenter ...ung. Mann ...cht unter 20 Jahren, ...r die Färberei ge- ...cht. ...Näheres in der Ge- ...äftsstelle ds. Bl.

...n ordentlicher Junge ... Maler- und ...nstreicherlehrl. Ostern gesucht. Friedrich Bongers, ...aler- u. Anstreicher- meister, Gasthausplatz 7.

...chlosser- Lehrling gesucht Ostern nach Rhede ...cher zu Hause Kos ...Logis hat. ...Anfragen sind unter ...& W., Rhede, an ...Geschäftsstelle ds. ...abzugeben.

...unges ...Mädchen 16—17 Jahren ...5 Wochen zur Aus- ...e gesucht in klei- ...bürgerl. Haushalt. Wiethold, Schanze 47.

...uche für sofort ein ...res, zuverlässiges ...Mädchen ...Küche und Haus- ...it. ... Richard Kloppert Kamminkeln.

in der dort keine Errichtung von Konfessionsschulen und weltlichen Schulen gestattet werden sollte. Was aber wollte die Deutsche Volkspartei? Sie verlangte kategorisch, daß in diesen Ländern überhaupt keine anderen Schulen als Simultanschulen je errichtet werden dürften. Wo also nach der authentischen, im Namen der Reichsregierung abgegebenen und von der Nationalversammlung gebilligten Erklärung des Unterstaatssekretärs Schulz eine Erschwerung der Errichtung von Konfessionsschulen geschaffen werden sollte, da forderte die Deutsche Volkspartei auf Biegen und Brechen die Unmöglichmachung ihrer Einrichtung für alle Zukunft. Sie verlangte, daß Absatz 2 des Artikels 146 für die Simultanschulländer illusorisch gemacht werden sollte, obwohl Anschütz ausdrücklich erklärt, daß so weit keinesfalls die „besondere Berücksichtigung" gehen dürfe. Sie forderte eine Verfassungsänderung, obwohl gar kein Zweifel bestehen konnte, daß dafür keine parlamentarische Mehrheit zu finden sein würde. Sie wollte grundsätzlich zweierlei Schulrecht in Deutschland schaffen, indem sie den Erziehungsberechtigten in bestimmten Teilen des Reiches den ihnen im Artikel 146 festgelegten Anspruch, daß ihr Wille nach Möglichkeit zu berücksichtigen sei, glatt nehmen wollte. Sie genierte sich nicht, an das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Deutschnationalen die Zumutung zu stellen, daß sie zu solcher kulturkämpferischen Intoleranz die Hand bieten sollten. Und da versucht sie sich endlich jetzt noch gegen den Vorwurf zu wehren, daß ihre intransigente Haltung es den Koalitionspartnern unmöglich gemacht hat, mit ihr weiter koaliiert zu bleiben! Wo es sich um eine Frage von so entscheidender kulturpolitischer Bedeutung handelte! Wo das Recht so vollkommen klar auf der Seite des Zentrums und der Deutschnationalen lag!

Wie war die Haltung des Zentrums? Hat seine Reichstagsfraktion, haben deren Vertrauensmänner im Bildungsausschuß und im Interfraktionellen Ausschuß es an Entgegenkommen fehlen lassen? Der Standpunkt des Zentrums war von vornherein der, nicht die katholischen Forderungen zu überspannen, sondern nach einem für die verschiedenen Richtungen erträglichen Schulgesetz zu streben. Dem Zentrum war es darum zu tun, nicht zu neuem Zwist, sondern zum Schulfrieden zu kommen. Jeder der drei schulpolitischen Richtungen sollte die Möglichkeit gegeben werden, überall im Reiche ihr Schulideal zu verwirklichen. Keineswegs hat die Fraktion stur daran festgehalten, daß die mehrjährige Schutzfrist für die Simultanschulländer die Grenze des Entgegenkommens darstelle. Sie war bereit über die Zahl der Jahre mit sich reden zu lassen. Sie bezeichnete auch als eine Verhandlungsgrundlage die letzte Anregung des Reichsinnenministers von Keudell, daß in den Simultanschulländern eine Regelung getroffen werde, wonach die Frage des Elternrechts und der Errichtung von Bekenntnisschulen ihre Regelung durch Landesrecht finden solle, daß ferner bestimmte Sicherungen wegen des Religionsunterrichtes getroffen werden und daß für die Errichtung von konfessionellen Privatschulen die betreffenden Länder staatliche Zuschüsse leisten sollten. Die Deutsche Volkspartei hat auch diese Vorschläge aus den verschiedensten Gründen unter Hinweis auf ihre „liberale Weltanschauung" ohne weiteres abgelehnt. Ja sie stellte im Interfraktionellen Ausschuß zuletzt noch in Aussicht, daß sie zu allen umstrittenen Fragen teilweise neue Formulierungen, teilweise Ergänzungen verlange. Auch daraus ergab sich, daß sie die Dinge so komplizieren wollte, daß ein Schulgesetz überhaupt nicht zustande kommen konnte.

Der Schulfriede, der vom Zentrum ehrlich erstrebt wurde und weiter erstrebt wird, ist fürs erste vereitelt worden. Es bleibt vorläufig alles beim alten. Es gelten weiter die in den einzelnen deutschen Ländern bestehenden Schulgesetze. Die jetzigen Verhandlungen über die von der Verfassung geforderte reichsgesetzliche Regelung haben gezeigt, wie schwer es ist, ein solches Gesetz zustande zu bringen. Aber was jetzt nicht gelang, wird und muß ein andermal gelingen. Es wird und muß zu den Aufgaben des neuen Reichstags gehören, dieser Forderung der Reichsverfassung Genüge zu leisten. Wenn nicht alles täuscht, wird die Zeit einer Rechtsmehrheit so rasch nicht wiederkehren. In der Hand der Zentrumswählerschaft aber liegt es, dafür zu sorgen, daß im neuen Reichstag das Zentrum durch seine Stärke den Einfluß auf die Geschicke des deutschen Volkes behält, den es bisher in glücklicher Weise ausgeübt hat. Ein starkes Zentrum verhindert zum mindesten, daß die kulturpolitischen Belange der christlichen und insbesondere der katholischen Bevölkerung geschmälert werden. Je unentbehrlicher das Zentrum aber für die Bildung einer Regierungsmehrheit ist, um so größer ist die Aussicht, daß doch noch ein Schulgesetz zustande kommt, das den Anschauungen der christlichen Bevölkerung Rechnung trägt. Es ist durchaus nicht gesagt, daß das nicht mit der Linken möglich sei. Ohne daß nach dem Toleranzstandpunkt des Zentrums verfahren wird, kommt auch die Sozialdemokratie nie zur Verwirklichung ihres Schulideals, und gibt es auch keine gesetzliche Möglichkeit zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen in großen Teilen des Reiches. Für alle Zeit aussichtslos ist also die Schulfrage keineswegs. Sie wird aber nur dann eine der christlichen Bevölkerung zusagende Regelung finden, wenn, um es nochmals zu sagen, das Zentrum im Reichstag den Einfluß behält, den es bisher hat. Darum werden wir bei den bevorstehenden Wahlen gegen die Intoleranz des Liberalismus und für den Schulfrieden des deutschen Volkes kämpfen und dafür alle Männer und Frauen, die sich ihr Erziehungsrecht nicht verkümmern lassen wollen, an die Wahlurne zu bringen haben.

Die Restauswirkungen der Besoldungsverordnung in Preußen.

◇ **Berlin**, 16. Febr. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Am 16. Februar trat der vom Hauptausschuß des Preußischen Landtages eingesetzte Unterausschuß zur Beratung des Stellenplanes für die Einreihung der Preußischen Beamten in die Besoldungsordnung zum erstenmale zusammen. Wegen der ungeklärten allgemeinen politischen Verhältnisse und um den Beamten die lang erwartete Ernennung infolge Umstufungen zu geben, hat der Abgeordnete Gast (Ztr.) folgenden Ermächtigungsantrag eingebracht: „Das Gesamtministerium wird ermächtigt, auf Grund des dem Landtag vorgelegten Stellenplanes für die Einreihung der Preußischen Beamten in die Besoldungsordnung vorläufige Zahlungen in voller Höhe zu leisten und die entsprechenden Ernennungen zu verfügen."

Das Schicksal der Strafrechtsreform.

Berlin, 16. Febr. Im Strafrechtsausschuß des Reichstages entspann sich heute eine längere Geschäftsordnungsdebatte über das Schicksal der Strafrechtsreform. Da die Auflösung des Reichstages in greifbare Nähe gerückt erscheint, so ist nicht mehr zu hoffen, daß das neue Strafgesetzbuch noch in dieser Legislaturperiode erledigt werden kann. Deshalb ist der Gedanke aufgetaucht, daß dieser Reichstag nur noch ein Ueberleitungsgesetz verabschieden soll und die Beratung der großen Strafrechtsreform schon jetzt im Ausschuß abgebrochen wird. Die Sozialdemokraten lehnten ein Strafrechtsüberleitungsgesetz mit Bindungen an die bisherigen Ausschußbeschlüsse ab. Der Strafrechtsausschuß beschloß deshalb, das Ueberleitungsgesetz der Initiative der Parteien zu überlassen und nur noch eine Sitzung am 29. Februar abzuhalten, in der alle Restsachen der bisher behandelten Abschnitte, die dem Unterausschuß überwiesen waren, erledigt werden sollen.

Der Ausschuß erledigte die §§ 200, 201 und 202. § 200 bedroht denjenigen mit Gefängnis oder Geldstrafe, der einem anderen, der ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat, in der Absicht Beistand leistet, ihm die Vorteile der Tat zu sichern. Nach § 201 wird derjenige, der wissentlich die Strafverfolgung eines anderen, oder die Vollstreckung einer gegen einen anderen wegen eines Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig erkannten Strafe vereitelt, mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft. Auch der Versuch ist strafbar. Wird die Tat zugunsten eines Angehörigen begangen, so ist der Täter straffrei. Nach § 202 darf die Strafe nach Art und Maß nicht schwerer sein, als die für das Verbrechen oder das Vergehen, auf das sich die strafbare Handlung bezieht, angedrohte Strafe.

Steuererleichterung für die Landwirtschaft.

In einem Runderlaß vom 3. Februar teilt der preußische Finanzminister u. a. folgendes aus: Im Hinblick auf die schwierige Lage, in der sich gegenwärtig die Landwirtschaft in den meisten Teilen des Staates befindet, sieht sich der Finanzminister veranlaßt, nochmals mit Nachdruck auf die Anordnungen hinzuweisen, die über Steuererleichterungen bei der staatlichen Grundvermögensteuer für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe im Laufe der letzten Jahre getroffen sind. Eingehende Anträge auf Steuererleichterung sind beschleunigt und durchaus wohlwollend zu erledigen. Das letzte gilt auch für die am Schlusse des Rechnungsjahres zu treffenden Entscheidungen über Niederschlagung gestundeter Steuerbeträge. Es wird darauf hingewiesen, daß es einem früheren Erlaß des Finanzministers nicht entgegensteht, wenn anläßlich der Ernteschäden bei gleichzeitigen sonstigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Steuerschuldners ein höherer Prozentsatz an Grundvermögensteuer erlassen oder niedergeschlagen wird, als der Rohertragsverlust beträgt. Dementsprechend wird auch bei einem Rohertragsverlust von weniger als 20 Proz. eine Steuererleichterung zu gewähren sein, wenn die sonstigen Verhältnisse des Steuerschuldners es erfordern.

Die Wehrvorlage im französischen Senat.

Paris, 16. Febr. Im Verlaufe der Beratung über die Wehrvorlage im Senat wandten sich heute einige Senatoren gegen die von der Kammer angenommene Bestimmung, daß im Kriegsfalle auch die Frauen zu Dienstleistungen herangezogen werden können. Namentlich die Senatoren General Stuhl (Radikale Linke) und der Radikale Senator Lemmery bekämpften diese Bestimmung wegen der Wirkung, die sie im Auslande auslösen könnte. Senator Jenouvrier erklärte, daß die Annahme einer derartigen Bestimmung der Heranziehung von Frauen die Bedeutung der Heranziehung französischer Frauen zu Arbeitsleistungen geben könnte, wie sie die Deutschen während des Krieges angeordnet hätten. Infolge dieses Widerspruches wurde der von der Kammer angenommene Gesetzesparagraph vom Senat dahin abgeändert, daß nur Franzosen männlichen Geschlechtes zur Hilfsarbeit im Kriege herangezogen werden können. Die Beratung wurde heute nicht zu Ende geführt, man hofft jedoch, sie morgen zum Abschluß zu bringen.

Ungewöhnliche Wärme und Hochwasser.

Berlin, 16. Febr. Nach den starken Niederschlägen des gestrigen Abends trat eine für diese Jahreszeit ungewöhnliche Erwärmung ein. Das Thermometer zeigte schon in den frühen Vormittagsstunden 13 Grad Celsius. Entsprechendes wird aus aus Magdeburg, Dresden und Breslau gemeldet. Die herrschenden Westwinde lassen mit einem Bestand der milden Witterung rechnen.

Das Hochwasser des Rheins.

◇ **Kehl**, 16. Febr. Der Rhein ist seit gestern abend fortgesetzt im Steigen begriffen; vielfach ist er über die Ufer getreten und überflutet das Vorland. Der Pegelstand ist heute morgen 4.35 Meter gegen 3.32 Meter gestern früh. Da von gestern auf heute in Rüningen ein weiteres Steigen von über einem Meter eingetreten ist, ist im Laufe des heutigen Tages mit einem weiteren Steigen des Pegelstandes zu rechnen. Auch die Kinzig hat weite Wiesenflächen und Aecker überflutet.

Stuttgart, 16. Febr. Durch das Hochwasser der Rems ist ein Teil von Groß-Heppach (Oberamt Weiblingen) unter Wasser gesetzt worden. Auch die Staatsstraße wurde auf einem halben Kilometer überflutet und der Verkehr teilweise gehemmt. Bei Wangen im Allgäu hat das Hochwasser der Argen erheblichen Schaden durch Verschlammung der Wiesen und Zerstörung des Uferschutzes, sowie Wegschwemmung von Holz und Geräten angerichtet. Mehrere Mühlen sind unter Wasser gesetzt. In Hergatz wurde das Gerüst eines Brückenbaues vom Hochwasser fortgerissen, zwei auf dem Gerüst befindliche Arbeiter konnten sich nur mit Mühe retten. Eine Notbrücke in Hergatz war durch angeschwemmtes Holz gefährdet. Die Feuerwehr mußte die Gefahr beseitigen.

◇ **Annaberg**, 16. Febr. Infolge der großen Niederschläge traten in der letzten Nacht alle Flüsse des oberen Erzgebirges über die Ufer. In verschiedenen Orten — insbesondere in Frohnau bei Annaberg — wurde die Lage für die Hausbewohner bedrohlich, da die Wassermassen in die Häuser eingedrungen waren. In Dörfern wurden die Dorfstraßen aufgerissen. In Jöhstadt wurden die Bahnhofsanlagen unter Wasser gesetzt.

⊠ **Paris**, 16. Febr. Die seit mehreren Tagen anhaltenden ziemlich starken Regengüsse haben zu einem Anschwellen der meisten Flüsse geführt, so sind die Rhone, die Saone und die Aisne bereits zum Teil über ihre Ufer getreten. Der Wasserstand der Loire ist im Steigen begriffen. Längs der Seine-Kais bei Paris werden alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um dort lagernde Bestände vor einer Ueberschwemmung zu schützen.

⊠ **Warschau**, 16. Febr. Der Versuch, die beiden Eisdämme, die sich an der Weichsel flußaufwärts von Warschau gebildet haben, zu brechen, ist mißlungen. Oberhalb der Eisdämme sind einige Dörfer überschwemmt worden. In Warschau selbst ist das Wasser gegenwärtig im Fallen begriffen, doch fürchtet man nach dem Bruch der Eisdämme eine Ueberschwemmung. Am Schutzdeich längs der Weichsel werden Verstärkungsarbeiten vorgenommen, damit er dem erwarteten Eisstoß standhält.

*

Schneesturm in Hoch-Savoyen.

Paris, 16. Febr. Wie dem „Petit Parisien" aus Bonneville gemeldet wird, ist infolge eines heftigen Schneesturmes im Tale der Arve, fünf Kilometer von Chamoix entfernt, jeder Verkehr mit den Dörfern Argentière und Vallorcine unterbrochen. Man nimmt an, daß die Verbindung nicht vor Ablauf von zwei Wochen wieder hergestellt sein wird.

Der preußische Innenminister gegen die Deutsche Volkspartei.

Preußischer Landtag.

× **Berlin**, 16. Februar.

Der Landtag setzte die allgemeine Aussprache zum ersten Abschnitt des Haushaltes des Innenministeriums fort.

Abg. v. Eynern (Dv.) erklärt: In dem neuen Flaggenantrag der Regierungsparteien kann man nicht einmal klar sehen, ob auch Privatpersonen, wenn sie aus ihren Häusern und Wohnungen Fahnen auf die Straße hinausstecken wollen, unter diese Verordnung fallen sollen. Besonders merkwürdig ist, daß alle Körperschaften des öffentlichen Rechtes zu staatlichen Hoheitsträgern gemacht werden. Auch der Selbstverwaltung gegenüber wird von der Regierung die Aufsicht lediglich nach politischen Gesichtspunkten geübt, ohne die wirtschaftlichen zu berücksichtigen. Bei unserer Fürsorge für die Grenzprovinzen gehen erfreulicherweise Reich und Preußen zusammen. Es handelt sich aber um deutsche, nicht bloß um preußische Not. Der Redner erörterte dann die einzelnen Punkte aus der Verwaltungsreform. Hier habe die Regierung völlig versagt. Im Abbau von Behörden darf man nicht zu weit gehen. Die Auflösung der Gutsbezirke ist keine glückliche Einleitung der Verwaltungsreform. Auch mit der

Eingemeindungsvorlage

scheint der Minister wenig Glück zu haben. Sein Rückzug im Ausschuß war ziemlich kläglich. Dem Einheitsstaat steht die Deutsche Volkspartei im Herzen genau so wie die Demokratische Partei gegenüber. Der Einheitsstaat ist ein Freund aus der liberalen Jugendzeit. Vielleicht kann man sich aber mit der Demokratischen Partei besser einigen, wenn wir statt „dezentralisierten Einheitsstaat" „liberaler Einheitsstaat" sagen. Wir wollen ein Deutsches Reich, in dem jeder seine freie Meinung frei äußern kann, und wo kein politischer Terror herrscht. Auch den Beamten gegenüber sollte der Minister, wenn er von diesen republikanischen Takt verlangt, erstmal seinerseits nationalen Takt wahren. Den vermissen wir in dem Erlaß über

die Beteiligung an den Sammlungen für das Schlageter-Denkmal.

Der Redner schließt mit den Worten, daß an dem Schlageter-Denkmal die deutschen Jünglinge noch Lorbeerzweige niederlegen werden, wenn über dem Minister und seinesgleichen längst der Schleier der verdienten Vergessenheit herabgesunken sein werde.

Minister des Innern Grzesinski erklärt, die Angriffe gegen sein Ministerium hätten sich, wie die Verhandlungen im Hauptausschuß und im Plenum gezeigt hätten, außerordentlich vermindert. Der bekannte Erlaß über die Beamten sei kein Geheimerlaß gewesen. Sein Inhalt sei auch richtig. (Lachen rechts.) Der Erlaß habe sich richten sollen dagegen, daß ein Sammelbecken entstehe aller Gegner der Staaten, die vielleicht auch entschlossen seien, mit Gewalt vorzugehen. (Lebhafte Zwischenrufe rechts.) Der Denkmalsausschuß für Schlageter sei sehr parteiisch zusammengesetzt gewesen. Im Jahre 1923 hätte am Grabe Schlageters vom Oberpräsidenten ein Kranz mit schwarz-rot-goldner Schleife niedergelegt werden sollen. Dieser Kranz sei aber

mit dem Vermerk „Annahme verweigert" zurückgewiesen

worden. (Stürmische anhaltende Unterbrechungen rechts.) Von Unduldsamkeit der preußischen Staatsregierung gegen die Beamten könne keine Rede sein. Nach dem Zusammenbruch wurde den Beamten die Freiheit gegeben, die ihnen in der Vorkriegszeit immer vorenthalten gewesen ist. Sie haben die Möglichkeit, sich im freiesten Maße auch im Parlament zu betätigen, was ihnen früher nicht möglich war. (Zurufe rechts: Auf dem Papier!) Der Minister verliest eine Anweisung an die Beamten aus der Vorkriegszeit, in der dargelegt wurde, daß die Beamten nicht gegen Gesetzentwürfe, auf deren Verabschiedung die Regierung Wert legte, opponieren dürften. Es sei sogar damit gedroht worden, daß diese Beamten zur Disposition gestellt würden. Das ist inzwischen anders geworden. (Stürmisches Gelächter rechts.) Heute werden so fuhr der Minister fort, gegen meine Erlasse Vorwürfe erhoben unter der Behauptung, ich griffe in die Selbstverwaltung ein. Einmal wird von mir verlangt, ich soll sie zurücknehmen; in anderen Fällen wird wiederum geradezu ein Eingriff in die Selbstverwaltung gefordert. Besonders angegriffen ist

die Flaggennotverordnung.

(Sehr richtig! rechts.) Hier müssen wir die Entscheidung des Staatsgerichtshofes abwarten. Im übrigen ist ja die Verordnung vom ständigen Ausschuß angenommen worden. (Lebhafte Zurufe rechts: „Durch Schiebung unter Bruch der Geschäftsordnung!") Sie ist ja später vom Landtag mit normaler Mehrheit bestätigt worden. Ich habe bereits im Oktober vorigen Jahres darauf hingewiesen, daß die Notverordnung nötig war, weil mit Rücksicht auf die Stellung des Oberverwaltungsgerichts die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichten.

Warum gerade die Deutsche Volkspartei sich so entrüstet,

ist mir unverständlich. Herr v. Richter und Dr. Boelitz haben ja seinerzeit selbst ihre Zustimmung gegeben. (Erregte Zurufe des Abg. v. Richter. Abg. v. Campe (Dv.) eilt auf den Ministersitz zu, um gegen die Darlegungen Verwahrung einzulegen.) Auf weitere lärmende Zurufe bei der Deutschen Volkspartei erklärt der Minister: Herr von Richter, ich bewundere wirklich Ihren Mut. Es liegt hier ein ausdrücklicher Beschluß des Staatsministeriums der großen Koalition vor. (Zuruf des Abg. Dr. v. Richter (Dv.): Das Oberverwaltungsgericht wendet sich gegen den Zwang, den haben Sie ausgeübt!) Nein, der Zwang ist schon von Ihnen (zur Deutschen Volkspartei) mit dem Erlaß begründet worden. In der ganzen Welt ist es selbstverständlich, daß die Reichs- oder Landesflagge an nationalen Feiertagen gezeigt wird. (Lebhafte Zurufe rechts: Die Schwarz-weiß-rote wollen wir zeigen!) Nirgendwo wird man sonst die Schamlosigkeit besitzen, gegen diese Selbstverständlichkeit anzukämpfen, und die Deutsche Volkspartei verleugnet hier, was sie selbst in der Regierung getan hat. (Anhaltende Unterbrechungen rechts und Zurufe.) Im einzelnen erklärt der Minister noch, sich über

die Frage des Einheitsstaates

nicht äußern zu wollen. Das Verhältnis zwischen Beamten und Bevölkerung muß im neuen Staat ein anderes sein als früher. Der Beamte bedarf heute dringend des Vertrauens der Bevölkerung (Beifall links.) Die Auflösung der Gutsbezirke sei den Deutschnationalen aus begreiflichen Gründen unangenehm gewesen, weil die Gutsbesitzer deutschnationale Parteigenossen sind. Wie im Falle Claaß die Deutschnationalen es für legal gehalten haben, daß Claaß seine Diktatur durch bewußte Ausschaltung des Reichstages herbeiführen wollte, so beweist das ihre Illoyalität, zumal sie doch in der Reichsregierung behaupten, auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Das Gericht hat nur mangels Beweises Claaß außer Verfolgung gesetzt und die Aktion der Polizei gegen Claaß wird von der Staatsregierung völlig gedeckt.

Abg. Schwenk-Berlin (Komm.) erklärt, die Aufgabe eines modern denkenden Polizeiministers dürfe nicht

die unentwegte Gummiknüppelpolitik

sein. Merkwürdig sei, daß der Minister von einer fortschreitenden Republikanisierung der Verwaltungsbeamtenschaft spreche, obwohl z. B. tatsächlich 183 republikanischen Landräten 229 der Reaktion, nämlich Volksparteiler und Deutschnationale, gegenüberständen.

Abg. Grzimek (Dem.) meint, die Deutschnationalen hätten alle Veranlassung, über

die Personalpolitik

sich auszuschweigen. Was man nämlich von ihnen in der Reichsregierung erlebt habe, stelle alles weit in den Schatten, was jemals der Preußenkoalition vorgeworfen worden ist. (Sehr wahr! links.) Ich verstehe nicht, so erklärt der Redner weiter, die nationale Takt- und Würdelosigkeit, die darin liegt, daß es Bürgermeister gibt, die sich weigern, die Reichsflagge zu setzen. Das wäre in keinem anderen Staate der Welt möglich. Daß Sie (zu den Deutschnationalen) in Ihren Zeitungen jetzt auch noch die Fememörder zu Heroen machen, ist unbegreiflich. Die Differenzen zwischen Reich und Preußen sind gekennzeichnet durch die Taten der deutschnationalen Reichsminister: das Telegramm des Herrn von Keudell, die Liebesgaben an Bayern und den Fall Luther. Das Ergebnis ist:

Die Preußenkoalition sitzt fest, die Reichskoalition ist aufgeflogen.

(Beifall links.) Der Gedanke des Einheitsstaates marschiere.

Abg. Jordan-Magdeburg (W. Ver.) erklärte, seine Partei lehne den Einheitsstaat ab. Die Selbstverwaltung und die Selbstverantwortlichkeit der Länder sei zu stärken.

Abg. Voß (Völk. Freihp.) hält dem Minister vor, er sei nicht weniger parteipolitisch eingestellt als Severing, nur sei der Vorgänger geschickter gewesen. Es sei völlig falsch, anzunehmen, daß der Einheitsstaat eine Vereinfachung und Ersparnis bringe. Seine Partei werde diesen Minister mit aller Schärfe weiter bekämpfen.

Abg. Biester (W. V.) erklärt, die Landkreise müßten vorläufig in ihrer alten Form bestehen bleiben. Es komme nicht auf Aeußerlichkeiten an, wie z. B. auf die Flagge, sondern darauf, ob das deutsche Volk den Willen zur Freiheit und zum Wiederaufstieg habe.

Abg. Steuer (Dn.) erklärte,

die Kritik Schachts an den Auslandskrediten der Gemeinden

treffe in vielen Punkten den Kern. Es komme dabei hauptsächlich darauf an, wofür die Großstädte die Auslandskredite verwenden. Jedenfalls dürften damit nicht in einer Zeit größter Not, namentlich der Landwirtschaft nichtdringliche Ausgaben befriedigt werden. (Sehr gut! bei den Dn.) Nach wie vor hätten die Deutschnationalen trotz der Behauptungen des Ministers die preußische Personalpolitik als unzweckmäßig für den Staat zu bemängeln. Zum Schluß bemängelt der Redner, daß die Staatsbehörden dem „Stahlhelm" gegenüber einseitig voreingenommen seien, weil sie glaubten, der „Stahlhelm" sei staatsfeindlich. Was die Vorwürfe gegen

die deutschnationale Personalpolitik im Reich

anlange, so sei es selbstverständlich, daß die deutschnationalen Minister keine maßgebenden Beamten sozialdemokratischer Provenienz um sich haben wollten. (Lebhaftes Hört! Hört! links und Rufe: Also doch Parteipolitik!) Die Deutschnationalen wollten keinen Einheitsstaat, sondern träten ein für das alte Bundesstaatssystem. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Die Weiterberatung wird nach 19,00 Uhr auf Freitag 12,00 Uhr vertagt. Außerdem Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Handelsminister.

Vermischte Nachrichten.

Krankheitsurlaub des Reichsgerichtspräsidenten.

◇ **Leipzig**, 16. Febr. Reichsgerichtspräsident Dr. Walter Simons befindet sich laut „Vossischer Zeitung" auf einem bis Ende Februar dauernden Erholungsurlaub, der ihn von den Nachwirkungen einer ziemlich heftigen Grippe befreien soll.

Der Separatistenführer Kaffiné verhaftet.

Limburg, 16. Febr. Der bekannte Separatistenführer Kaffiné wurde wegen Fluchtverdachts in einem gegen ihn anhängigen Strafverfahren verhaftet. Kaffiné, der sich bisher in Oesterreich aufhielt, war zu einer Verhandlung gegen seinen Bruder als Entlastungszeuge erschienen und wurde im Gerichtssaal auf Grund des Haftbefehls festgenommen.

Wegen 6 Zloty vier Personen ermordet.

Bielitz, 16. Febr. In Saibusch ereignete sich ein grausamer Mordüberfall. Ein Schlosser mit zwei Söhnen drang in ein Haus ein und erschlug den Besitzer, der sich den Eindringlingen gegenüberstellte, mit der Axt. Dasselbe Schicksal traf den Sohn und die Tochter des Besitzers. Die Frau wurde in der Wohnung ermordet, worauf die Räuber die Wohnung plünderten. Die Räuber vermuteten eine große Summe Geldes, fanden aber nur sechs Zloty. Die Polizei konnte sämtliche Täter bereits verhaften.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 17. Februar 1928.

Große Kundgebung des gewerblichen Mittelstandes in Münster. — Sonderzug für die Kreise Bocholt und Borken.

Am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr (nicht 3½ Uhr) findet im Schützenhofe in Münster eine große Protestversammlung des gewerblichen Mittelstandes statt. Für das Handwerk spricht der Präsident der Handwerkskammer Münster, Herr Bielefeld; für den Handel der erste Syndikus der Handelskammer Münster, Herr Dr. Jakobshagen. Für die Kreise Bocholt und Borken wird ein Sonderzug eingelegt, der gegen 9 Uhr in Anholt-Isselburg abfährt und an nachstehenden Plätzen halten wird: Bocholt, Rhede, Borken, Ramsdorf, Velen. Die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes werden aufgefordert, sich unverzüglich beim Mittelstandshause Bocholt zur Fahrt anzumelden.

* * *

n. **Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.** Im Monat Januar wurden von der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in 79 Fällen verunglückten oder verletzten Personen die erste Hilfe zuteil. Krankentransporte mit dem städtischen Krankenauto wurden 81 ausgeführt.

3. **Vorführung bösartiger Pferde und Fehlerbehandlung.** Gestern vormittag fand auf dem Viehmarktplatz vor zahlreichen Landwirten und den Schülern der hiesigen Landwirtschaftlichen Schule eine Vorführung bösartiger Pferde statt, zu der Herr Inspektor Frank aus Dresden einen interessanten Vortrag über die Ursachen der Pferdeuntugenden und deren Beseitigung hielt. Anwesend waren Pferde mit den verschiedensten Untugenden, wie Schläger, Beißer, solche, die sich schlecht beschlagen, besteigen und anschirren lassen oder die scheu sind. Es war erstaunlich mit welchem Geschick und wie schnell selbst hartnäckige Untugenden von Herrn Frank völlig beseitigt wurden. Ausgehend von der Tatsache, daß fast alle Fehler durch unzweckmäßige und zu straffe Behandlung des Pferdes durch den Menschen entstanden sind, erklärte er auch die entsprechenden Behandlungsmethoden: durch gütiges Zureden, vorsichtiges, liebevolles und lobendes Anfassen u. a. mehr, die in allen Fällen an den fehlerhaften vorgeführten Pferden zum Erfolge führten. Nach dem praktischen Unterricht fand im Restaurant Matschke noch ein theoretischer Vortrag statt, an Hand eines Buches mit Abbildungen, welche die Behandlung der mit Fehlern behafteten Tiere veranschaulichten. Die gesamte Vorführung war recht lehrreich und wird, wenn danach gehandelt wird, ihre praktische Wirkung auch im Straßenverkehr nicht verfehlen, wenn man bedenkt, wie viele Pferde heute noch vor Autos scheuen und somit eine Gefahr für den Verkehr bilden können.

n. **Deutscher Gewerkschaftsbund und kons. Arbeiter-Vereine.** „Sozialismus und Schule", so lautete das Thema, das am Mittwoch abend im Unterrichts-Kursus behandelt wurde. Nicht vom politischen Standpunkt, betonte der Referent anfangs seiner Ausführungen, wolle er das Thema behandeln, sondern vom Standpunkt der Weltanschauung. Was ist Weltanschauung? — So wie ich die Welt ansehe. Weil der Sozialismus materialistisch eingestellt sei, wolle er die weltliche Schule. Der Religionsunterricht solle vom Schulplan gestrichen werden. Der Mensch sei von Natur gut und könne ohne andere Hilfe gut bleiben, aus eigener Kraft. Eine Gnade Gottes kenne der Sozialismus nicht. Der Mensch solle zum Dienst an der Gemeinschaft erzogen werden, der Gemeinschaft solle er verantwortlich sein. Er hätte keine Verantwortung einem höheren Wesen, Gott gegenüber, weil für den Sozialismus nur die Materie da sei, etwas anderes für ihn nicht existiere. Als Christen sagen wir jedoch, daß wir in erster Linie unserem Gott verantwortlich sind und daß wir nicht gegen unser Gewissen der Gemeinschaft dienstbar sein können. Der Sozialismus wolle auch, daß Kinder beiderlei Geschlechts in einer Schule unterrichtet würden. Von unserem christlichen Standpunkte aus müßten wir das auf das Schwerste verurteilen. Es sei durch langjährige Erfahrung festgestellt, daß die Entwicklung der Knaben und Mädchen eine ganz verschiedene sei. Im allgemeinen seien die Mädchen fleißiger als die Knaben. Auch wegen der damit verbundenen sittlichen Gefahren müßten wir den gemeinsamen Unterricht für Knaben und Mädchen verwerfen. Ferner verlangen wir die Bekenntnisschule. An den Bekenntnisschulen sollen nur Lehrpersonen unterrichten, die dem Bekenntnis der Schüler angehören. Es würde wohl kaum einen Lehrer geben, der beim Unterricht immer seine Weltanschauung verbergen könne. Wenn das aber nicht sei, so würden oft Kinder mit anderer Weltanschauung, beleidigt. Was soll überhaupt aus den Kindern werden, wenn sie zu Hause in ihrer Religion erzogen würden, in der Schule jedoch das Gegenteil hörten. In dieser Beziehung könne durch einen weltanschaulich anders eingestellten Lehrer in einer halben Stunde mehr verdorben werden, als in langer Zeit von den Eltern zu Hause gut gemacht worden sei. Wenn der Sozialismus fordere, daß nicht zuviel Kinder in einer Klasse untergebracht würden, so sei das auch unser Standpunkt. Wenn er sonst noch Forderungen stelle zur Unterstützung der minderbemittelten Klassen, so tun das auch wir. Und wenn der Sozialismus sage „Freie Bahn dem Tüchtigen", so wünschen auch wir, daß begabten Kindern minderbemittelter Eltern das Studium möglich gemacht wird. In der Aussprache wurde noch besonders stark betont, daß da, wo die Religion noch nicht über Bord geworfen sei, im allgemeinen die Menschen moralisch und sittlich gefestigter dastünden als da, wo die Religion als etwas Ueberlebtes betrachtet würde. Beispiele seien genug vorhanden. — Der nächste Unterrichts-Kursus findet am Mittwoch, den 29. Februar, abends 8,15 Uhr statt.

n. **Verein für jugendliche Arbeiter.** Der bunte Abend, den der Verein am letzten Sonntag veranstaltete, war ein voller Erfolg. Der Saal war vollständig besetzt. Als Prinz Karneval unter fröhlichem Spiel der Hauskapelle einzog, war gleich die rechte Stimmung da. Eine Darbietung folgte der andern und so kamen die Zuschauer aus dem Lachen nicht heraus. Vor allem war es der Einzug des Prinzen Karneval in Krechting, ferner der Vortrag „Rulpe mit seinem selbstverfertigten Auto" und nicht zuletzt „Kasimir Pech", die ungeteilten Beifall fanden. Aber auch die Hauskapelle soll nicht vergessen sein denn auch diese trug viel zum Gelingen des ganzen Abends bei. Alle Besucher sind daher sicher auf ihre Kosten gekommen; hoffentlich erfreut die Theaterabteilung ihre Freunde und Gönner noch recht oft mit solchen Veranstaltungen.

3. **Gastspiel der Kleinkunstbühne „Arlekin" im Capitol-Theaer.** Vom heutigen Tage ab gastiert im Capitol-Theater die russische Kleinkunstbühne „Arlekin", die mit einem Programm auserlesener Darbietungen aufwarten wird. Ueber das Auftreten der Truppe in Paderborn schreibt die dortige Presse: „In dem viel bewunderten Schauburgsaale sieht man in diesen Tagen nach den Kinovorstellungen ein hochwertiges Kabarett-Programm, das die daran geknüpften Erwartungen in vollstem Maße rechtfertigt. — Das russische Künstlertheater „Arlekin" schöpft seine Darbietungen aus dem russischen Volkstum das ist seine stärkste Seite, denn das macht die Eigenart dieser Kleinkunsttruppe aus. Es fällt auf, daß die Gesellschaft über eine Reihe ganz ausgezeichneter Singstimmen verfügt, die wirklich hohen künstlerischen Anforderungen entsprechen. Verschiedentlich werden ukrainische bojarische und Zigeunertänze vorgeführt, mit viel Temperament in den Bewegungen sowohl als in der begleitenden Musik. — Ganz hervorragend war ein junger Balalaikakünstler; seine Geschicklichkeit auf dem eigenartigen Instrument weckte rauschenden Beifall." — Ein Besuch der Vorstellungen wird sich daher sicher lohnen.

Aus dem Gerichtssaal.

Hauptverhandlungstermin vor dem Preuß. Amtsrichter am gestrigen Donnerstag.

Die Bettlerplage. Ein zugereifter Gelegenheitsarbeiter aus Emmerich bettelte in der Gemeinde Rhede von Haus zu Haus. Seit Jahresfrist geht er keiner geregelten Arbeit nach, sondern zieht arbeits-, ziel- und obdachlos im Lande umher und fristet seinen Lebensunterhalt durch Betteln. Wegen Bettelns und Landstreichens erhielt er 4 Wochen Haft und kommt nach verbüßter Strafe ins Arbeitshaus. — Ein anderer arbeitsscheuer Gelegenheitsarbeiter wurde wegen Bettelns zu 2 Wochen Haft bestraft.

Eine Radioanlage muß vor Inbetriebnahme angemeldet werden. Eine Frau von Petersfeld hatte eine Radioanlage errichtet, ohne diese beim Postamt angemeldet und die vorgeschriebene Gebühr entrichtet zu haben. Sie hatte deswegen die Anmeldung unterlassen weil die Anlage noch nicht funktionierte. Nach dem Gesetze zum Schutze des Funkverkehrs mußte sie die Anlage vor Inbetriebnahme bereits zur Anmeldung bringen. Sie erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Tagen welche in eine Geldstrafe von 20,— Reichsmark umgewandelt wurde. Die Empfangsgeräte wurden eingezogen.

Radfahrer ohne Laterne. Ein hiesiger Klempner wurde mit 3,— Reichsmark bestraft, weil er nach eingetretener Dunkelheit hier die Münsterstraße auf einem Fahrrade befuhr, ohne dieses mit einer hellbrennenden Laterne versehen zu haben.

Der fehlende Mülleimer. Ein Gemüsehändler von hier hatte die Wernerstraße durch Hinschütten von Kehricht und Asche verunreinigt. Er war nicht im Besitze eines Mülleimers. Deshalb schüttete er den ganzen Unrat einfach auf die Straße. Die gegen ihn verhängte Geldstrafe wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung betrug 2,— Reichsmark.

Die Schuldfrage konnte nicht mehr geklärt werden Ein hiesiger Milchhändler hatte nach der Anklage unterlassen, einem auf der Osterstraße, also auf einer Hauptverkehrsstraße, sich bewegendem Kraftfahrzeuge die Vorfahrt zu gestatten. Er saß auf dem Bocksitz seines Milchwagens, kam aus der Ostmauer und fuhr in die Osterstraße. Signale des Autos will er nicht gehört haben. Sein Pferd wurde vom Auto gestreift und verletzt. In seiner Geistesgegenwart riß der Chauffeur seinen Wagen nach links, wodurch ein größeres Unglück vermieden wurde. Auf Grund der gestrigen Verhandlung konnte ein Verschulden des Milchhändlers nicht nachgewiesen werden, so daß seine kostenlose Freisprechung erfolgen mußte. Anscheinend trifft die Hauptschuld den Chauffeur, wegen seines zu schnellen Fahrens an unübersichtlicher Stelle.

Zwecks weiterer Beweiserhebung vertagt. Die Verhandlung gegen einen Kaufmann aus Dingden, wegen Bedrohung und Nötigung, wurde zwecks weiterer Beweiserhebung vertagt. Er soll versucht haben, die Arbeiten, welche auf Anordnung des Amtes an einem verbotswidrig angelegtem Fenster ausgeführt werden sollten durch Drohungen zu verhindern. Den Maurergesellen soll er mit einer Latte bedroht haben.

Die billigen Musikinstrumente. Ein Musikinstrumentenhändler hatte sich wegen unlauteren Wettbewerbs zu verantworten. Er erließ laufend in den hiesigen Zeitungen Ankündigungen und Empfehlungen über Odeonsprechapparate. Er empfahl die Sprechapparate und Musikplatten zu Fabrikpreisen, ohne Aufschlag, auch bei Teilzahlungen. Ueber die Frage, ob seitens des Händlers ein Täuschungsversuch des kaufenden Publikums vorliegt soll demnächst ein Sachverständiger vernommen werden.

Ein schwerer Junge. In der Nacht vom 6. zum 7. Juli wurde in der Schule von Liedern ein Einbruchsdiebstahl verübt. In der Nähe des Fensterhakens wurden an einem Fenster zwei Scheiben eingedrückt. Mit einem kantigen Werkzeug sind zwei Schreibpulte und ein Schrank erbrochen und aus diesen eine Dose mit Stahlfedern und eine Baumschere gestohlen worden. Weiterhin wurde im Jugendheim eine Fensterscheibe eingedrückt und vier Vorhängeschlösser am Kleiderschrank erbrochen. Hier wurden eine Trikothose mit Gürtel, eine weiße Hose und Hosenträger, sowie etwa 5 Paar Turnschuhe entwendet. In derselben Nacht wurde bei einem Gastwirt in Werth mittels eines großen Brecheisens, welches von dem dortigen Stationsgebäude geholt war, das Kellerfenster eingestoßen, die Verbindungsstange krumm gebogen und aus dem Keller eine Seite Speck, ungefähr 20 Würste, einige Flaschen Wein, Liköre und Steinhäger entwendet. Endlich ist in der gleichen Nacht versucht worden, mit einem Brecheisen die Türfüllung der Eingangstür zur Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Werth zu erbrechen. Auch sind zwei Fensterscheiben eingeschlagen, offenbar ist der Dieb dabei gestört worden. Da nun die in der Schule gestohlenen Stahlfedern bei dem bestohlenen Gastwirt in Werth auf der Fensterbank und die gestohlene Baumschere am Bahnhof in Werth wieder gefunden wurden, so mußten die Diebstähle von demselben Täter ausgeführt worden sein. Glücklicherweise konnten Zollbeamte auf der Werther Chaussee einen Mann anhalten, der sich als ein oft wegen Rückfall- und Einbruchsdiebstahls vorbestrafter Schlosser von hier legitimierte. Auf seinem Fahrrade führte er eine Seite Speck und Mettwürste bei sich. Er gab an die Sachen von einem Landwirt, bei dem er drei Wochen gearbeitet habe, statt Lohn erhalten zu haben. Da die Beamten einen Diebstahl nicht vermuteten und den Mann auf Schmuggelwaren nicht weiter untersuchten, ließen sie ihn unbehelligt weiter ziehen. Am nächsten Morgen meldete sich der Verdächtige nach Dortmund ab und verschwand. Bei Bielefeld wurde er im August nach einem erneuten Einbruchsdiebstahl festgenommen und wegen des Verbrechens mit 2 Jahren 3 Monate Zuchthaus bestraft Der aus der Haft vorgeführte Angeklagte bestritt in recht frecher Weise die Einbrüche. Auf Grund seiner Ungebührlichkeit und der dauernden Störung der Verhandlung wurde er zur Beruhigung einige Zeit von der Teilnahme an der Verhandlung ausgeschlossen und abgeführt. Aus allen diesen Umständen ging hervor, daß der Angeklagte der Einbrecher gewesen war. Der vielmals vorbestrafte Angeklagte konnte daher einwandfrei überführt werden. Wegen Einbruchsdiebstahls in drei Fällen und versuchten Einbruchsdiebstahls in einem Falle unter erschwerendem Rückfall, wurde der Angeklagte zu je einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre, welche sämtlich zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 2½ Jahren zusammengezogen wurden und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt.

* * *

n. **Anholt,** 16. Februar. **Entwürfe für das geplante Krieger-Denkmal.** Augenblicklich liegen im Rathaussaale einige Entwürfe für das seit langem geplante Krieger-Ehrenmal, das die Stadt Anholt ihren gefallenen Helden errichten will, zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Darunter befindet sich auch ein Entwurf eines heimischen Künstlers und zwar des Herrn Wilhelm Rinck; dieser sieht eine breite zu einem Halbrund führende Terrasse vor, auf dem Gedenktafeln, von Lorbeerbäumen umgeben, angebracht sind. Zwei Löwen halten die Wacht. Rechts und links des Aufganges befindet sich das städtische und das fürstliche Wappen. Möge der Denkmalsausschuß recht bald zur Entscheidung kommen, damit unsere Stadt ein würdiges Krieger-Ehrenmal erhält.

n. **Dingden,** 16. Februar. **„Dr. Faust"-Aufführung in Dingden.** Am letzten und vorletzten Sonntag hat die Jünglings-Sodalität Dingden der Gemeinde einen erhebenden und genußreichen Abend geschenkt. Es wurde das mittelalterliche Stück von Dr. Faust aufgeführt. Die Wiedergabe wurde dem wuchtigen und erschütternden Trauerspiele vollauf gerecht. Die Geschichte des Faust — ganz aus dem Menschlichen geboren und sich ewig in der Menschheit wiederholend — wie er sich verzehrt in Wissensdurst und Glückhunger, wie er diese edlen Leidenschaften aber in der Hingabe an das Böse, durch einen Bund mit dem Höllengeist (Mephistopheles) zu befriedigen sucht, wie er endlich seine Torheit erkennt, unglücklich wird, bereut, durch die List des Teufels um die Gnade betrogen wird und zuletzt ewig verloren geht, das alles wurde vom Darsteller des Faust mit erschütternder Wucht vor Augen geführt. — Mephistopheles war ganz „Der Böse", höhnisch, kalt überlegen, schadenfroh, bei eifriger Dienstbeflissenheit. An einer Stelle jedoch (4. Aufzug) bricht bei ihm ganz unerwartet die innere Natur des gefallenen Engels durch, der im wehen Aufschrei und in unsäglichem Jammer um das verlorene Himmelsglück sich selber zerquält. Hätte der Darsteller an dieser Stelle zu seinem dramatischen Pathos noch etwas von dumpfer stiller Trauer und düsterer Verzweiflung hinzugefügt, so würde er die packende Wirkung sicher noch gesteigert haben. — Die komische Person war so recht der Hanswurst. Sein Spiel voll Uebermut, Schalkheit und Witz ließ die Zuschauer oftmals aufatmen von dem Drucke und der Spannung der ernsten Ereignisse. Daß seine Späße namentlich gegen Ende des Stückes störend wirkten und die tiefe Wirkung der miterlebten Fausttragödie teilweise verwischten, war nicht seine Schuld. Unsere Auffassung deckt sich in diesem Punkte eben nicht mit der unserer Vorfahren, die auch bei der Darstellung tief ernster Dinge des tollen Spaßmachers nicht entbehren wollten. — Auf die Nebenrollen sei nur ganz kurz hingewiesen. Die 7 Teufelchen brachten fast zu viel komische Wirkung hervor, die dem Hanswurst gegenüber sicher angebracht war nicht aber bei der Begegnung mit dem tief ernsten Dr. Faust. — Der Herzog von Parma befriedigte, ebenso die Helena, die Greta und der Diener Wagner. Letzterer hätte hin und wieder mehr Frische und Ausdruck zeigen können. — Die Ausstattung der Bühne wurde in den beiden letzten Aufzügen dem Stücke vollauf gerecht. Sie war wuchtig, ernst und stilvoll. Gute Lichtwirkungen erhöhten ihren Reiz.

3. **Dingden,** 16. Febr. **Molkerei-Genossenschaft Dingden.** Die diesjährige Generalversammlung der Molkerei-Genossenschaft Dingden findet statt am Samstag, den 25. Februar (nicht am Donnerstag, wie irrtümlich in der Anzeige angegeben), nachmittags 3 Uhr im Meteling'schen Saale. Die Tagesordnung ist aus der Anzeige in der Mittwochnummer zu ersehen.

r. **Borken,** 16. Februar. **Verkehrsverbesserungen zum Sommerfahrplan.** Der Verkehr auf der Strecke von Essen bezw. Wanne — Herveſt-Dorſten nach Borken und zurück wird vom Sommerfahrplan (15. Mai) 1928 ab eine wesentliche Verbesserung erfahren durch Einlegung eines von Wanne kommenden Zuges, der etwa 8,35 Uhr in Herveſt-Dorſten eintrifft und von dort gegen 8,40 Uhr nach Borken weiterfährt. Ankunft in Borken etwa 9,13 Uhr. Dieser Zug nimmt in Herveſt-Dorſten die Anschlüsse auf von den gegen 8,35 Uhr daselbst aus 4 Richtungen eintreffenden Zügen, nämlich von Oberhausen (Köln), Rheine — Coesfeld — Maria Veen — Reken, Wesel und Geldern — Schermbeck, Haltern (Dülmen — Münster). Das Fehlen des vor dem Kriege stets bestandenen Anschlusses der Borkener Strecke an diese Züge, ebenso das Fehlen des Anschlusses der oberen Strecke Wanne (Essen) an diese Züge in Herveſt-Dorſten macht sich schon seit Jahren als ein außerordentlicher Mißstand bemerkbar, der also nunmehr behoben sein wird. In Borken wird guter Anschluß erreicht an den um 9,32 Uhr nach Bocholt fahrenden Zug. Voraussichtlich wird der genannte neue Zug auf der Rückfahrt gegen 13.52 Uhr von Borken fahren und dadurch in Herveſt-Dorſten dann wieder günstige Anschlüsse erreichen an drei bestehende Züge, nämlich an den Zug nach Reken — Maria Veen — Coesfeld — Rheine, ab Herveſt-Dorſten 14,29 Uhr, an den Zug nach Schermbeck — Wesel — Geldern, ab Herveſt-Dorſten 14,48 Uhr und an den W.-Zug nach Haltern, ab Herveſt-Dorſten 14.45 Uhr, an Haltern 15,06 Uhr, an Münster 16,37 Uhr. Vielleicht ließe sich in Borken auch noch der Anschluß aufnehmen an den jetzt um 14,08 Uhr von Coesfeld — Velen — Ramsdorf eintreffenden Eilgüterzug mit Personenbeförderung, wenn dieser, was bei seiner langen Fahrzeit ja eventuell wohl tunlich sein könnte, etwas eher in Borken eintreffen würde.

* **Groß-Reken,** 16. Febr. **Brand.** Als sich am Montag abend die Nachbarschaften zu der altgewohnten alljährlichen Nachbarschaftsfeier versammelt hatten, ertönte plötzlich gegen 10 Uhr die Brandsirene. Im Dachgeschoß des Wohnhauses des Landwirts Konniger von hier war Feuer ausgebrochen und fand an den vorhandenen Heuvorräten reichlich Nahrung, zudem handelte es sich um ein niedersächsisches Bauernhaus mit Strohdockendach. Da kein Wind herrschte, gelang es den Nachbarn und der schnellstens herbeigeeilten Feuerwehr den Brand auf seinen Herd zu lokalisieren. Der Schaden ist darum gering.

* **Rheine,** 16. Februar. **Schweres Bauunglück.** Beim Abbruch des alten Geschäftshauses der Firma Arens und Söhne gerieten zwei Arbeiter unter eine niederstürzende Wand. Während der eine Arbeiter sich unter dem Steinhaufen hervorarbeiten konnte, mußte der verantwortliche Leiter des Abbruchs in hoffnungslosem Zustande in das Mathias-Hospital geschafft werden. Der Unglückliche hatte einen Bruch der Wirbelsäule und eine Quetschung des Rückenmarkes davongetragen.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg,** 16. Febr. **Der örtliche Arbeitsmarkt.** Der Stand der Erwerbslosigkeit der Stadt Isselburg war am 15. Februar wie folgt: In der Erwerbslosenfürsorge waren 33 Personen mit 34 Zuschlagsempfängern, in der Krisenfürsorge 21 Personen mit 30 Zuschlagsempfängern, in der Wohlfahrtspflege 8 mit 15 Zuschlagsempfängern. Mithin ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 62 und der Zuschlagsempfänger 79.

—t. **Isselburg,** 16. Februar. **Die Vorbereitungen zur Errichtung eines Krieger-Denkmals.** Das von der Bevölkerung schon lang ersehnte Krieger-Denkmal scheint nun doch bald errichtet zu werden. Der dazu bestimmte Platz, der alte Friedhof von Isselburg, ist durch das Fällen verschiedener Bäume und Planierungsarbeiten zur Aufnahme des Denkmals bereits hergerichtet. Vom Eingang aus ist ein breiter Weg angelegt, der zu dem Denkmal führt und dann im Bogen zu beiden Seiten vorüberführt. Ziersträucher sollen noch gepflanzt werden, so daß also die Vorarbeiten bis zum Bau des Denkmals selbst fertig sind. Hoffentlich wird jetzt der Denkmalsausschuß die richtige Wahl treffen und unseren lieben, gefallenen Helden zur ewigen Erinnerung bald ein würdiges Denkmal errichten.

—t. **Isselburg,** 16. Febr. **Die beschlagnahmten Maulwürfe.** Der hier stationierte Oberlandjäger ertappte drei Holländer, die in der Feldmark Isselburg auf der Maulwurfsjagd waren. Sie hatten bereits 44 Maulwürfe erbeutet. Da der Maulwurfsfang verboten ist, wurden die Tiere beschlagnahmt. Die Holländer machten natürlich ein dummes Gesicht, da ihre mühevolle Arbeit umsonst war. Die Maulwürfe, welche schon enthäutet waren, wurden vorgestern nachmittag auf dem Rathause öffentlich versteigert; sie erbrachten einen Ertrag von 10,50 Mk.

— **Wesel,** 16. Febr. **Selbstmordversuch.** Am Mittwoch abend hat ein Fabrikarbeiter in seiner Wohnung in der Nähe des Großen Marktes durch Oeffnen des Gashahnes versucht, sich das Leben zu nehmen. Hausbewohner, welche starken Gasgeruch wahrgenommen, haben die Polizei verständigt, worauf ein Polizeibeamter gewaltsam in die verschlossene Wohnung eindrang. Der Beamte hat die Schließung des Gashahnes und Oeffnung der Fenster vorgenommen, so daß der Mann noch rechtzeitig gerettet werden konnte. Die Ueberführung des Mannes in das städtische Krankenhaus ist erfolgt. Nach den in der Wohnung vorgefundenen Briefen hat der Mann wegen Familienangelegenheiten freiwillig aus dem Leben scheiden wollen.

— **Emmerich,** 16. Febr. **Hochwassergefahr.** Das ständige Regenwetter hat in den letzten Tagen den Rhein und seine Nebenflüsse stark anschwellen lassen. Immerhin durfte man annehmen, da das Steigen nicht gleichmäßig, sondern wellenartig erfolgte, daß eine direkte Hochwassergefahr nicht zu befürchten sei und der Rhein im Laufe des Mittwoch hier seinen Höchststand erreichen würde. Nun sind aber in der Mittwoch-Nacht im Oberrheingebiet sehr starke Regenmengen niedergegangen. die im Verein mit eingetretener Schneeschmelze in den Bergen, erneut ein starkes Anwachsen des Rheins in diesem Gebiet zur Folge hatten, so daß die Rheinstrombauverwaltung angesichts des anhaltenden Regens im Laufe des Mittwoch nachmittags mitteilen ließ, daß für das Rheinstromgebiet Hochwassergefahr bestände. Hoffentlich schließt der Himmel seine Schleusen, damit im letzten Augenblick diese Gefahr doch noch abgewendet wird.

Verantwortlich für den Zenotell: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. iur. W. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster and Alfons van Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Jacher und Dr. Hüfner, Berlin SW, 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibera, Münster Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt.

K. K. V.
„Westfalia"
Heute abend 8,30 Uhr
Kappen-Abend
im Vereinslokal Langenhoff, unter Mitwirkung des Vortragskünstlers Posch-Mario, wozu die Mitglieder mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen sind.
Der Vorstand.

Karneval!

Das war nicht immer so in Bocholt! Mit dem Karneval! Es gab eine Zeit, wo Zucht und Sitte und Anstand auch hier die Karnevalstage regierten! Und man freute sich doch! — Kein Wort übrigens gegen eine anständige Karnevalsfreude! Aber Tollheit und Ausgelassenheit ist nicht Freude! Und dann in solchen Kostümen! Die wollen nicht verhüllen, sondern enthüllen, Sünde locken, junge Menschenherzen an den Teufel verschachern, Menschenseelen in den Kot reißen, Unschuld an den Boden treten, Leben vergiften! Alle Schranken fallen! Dämme zerreißen! Dämon Alkohol regiert die Stunde, umnebelt Sinn und Seele! Kein Ohr mehr für Elternmahnung und Freundeswarnung! Kein Blick mehr für die Gemeinheit, die da lauert hinter Maske und Schminke! Kein Sinn mehr für gute alte Tradition, für Anstand und Zucht und Ehrbarkeit! Und das Ende: Unfriede und Schande und Sorge und Sünde! Verratene Unschuld! Verschacherte Tugend! Bittere Reue! Verlorenes Glück! Ekel an jeder wahren, schönen Freude! Und das alles um eine wüste, durchtollte Nacht! —

Und in derselben Nacht liegen irgendwo Menschen schlaflos, in Schmerzen! Liegen im Sterben! Weint die Armut! Ringt Not die Hände!

Was machst du? Fastnacht 1928! — „Was geht das mich an? — Bin ich der Hüter meines Bruders meiner Schwester?" — Du sollst es sein! Durch dein Vorbild! Durch die Art, wie du Fastnacht feierst! Denen, die vielleicht unbewußt vom Strom der Zeit sich mitreißen lassen den Mut, was schlecht ist, auch schlecht zu nennen! „Wer schweigt, erweckt den Anschein, daß er einverstanden!" — Du bist ein anständiger Kerl! Mach dich nicht gemein mit Gemeinheit in Kleid und Benehmen! Ein anständiges Mädchen! Verschachere nicht dem Wüstling Mädchenglück und Krone! —

Karneval ist Prüfung! Karnevalszeit ist eines der großen Examen, die der Herrgott ab und zu für seine Kinder zuläßt, um zu sehen, ob sie zu seinem Reich oder dem der Welt gehören. Die keinen Charakter haben fallen durchs Examen, fallen in Schmutz und Schande! Karneval soll die Geister klären und bewähren im Guten oder Bösen. Hat doch der Herr selbst seinen Aposteln gesagt: „Satan hat verlangt, euch zu sieben". Und er hat es dem Satan nicht verwehrt. Aber — er hat für seine Jünger und damit für alle, die in das Entscheidungs-Examen für Gut und Bös gehen, gebetet. — Laßt uns dafür sorgen, daß wir in diesen lauten und lärmenden Tagen die Prüfung bestehen! Wir wissen, was wir zu tun haben. Und wir wissen auch, daß der Weltenheiland für uns gebetet hat und gerade in den Fastnachtstagen betet für soviele, die unvorsichtig und leichtsinnig in Gefahr kommen! Wir wollen mit ihm beten!

Danksagung

Für die uns beim Hinscheiden meines lieben, guten Mannes, unseres unvergeßlichen, treusorgenden Vaters, erwiesene herzliche Teilnahme, die uns von allen Seiten — insbesondere von der Firma Tacke und Piekenbrok G. m. b. H., sowie deren Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen, vom Bocholter Kriegerverein im Kreiskriegerverband und dem katholischen Gesellenverein — in so reicher Weise entgegen gebracht wurde, sagen innigen Dank

Frau Franz Lensing und Kinder.

Bocholt, im Februar 1928.

Bekanntmachung

Die in den Fluren 22 (teilweise) der Gemeinde Rhede, 17 (teilweise), 18 (ganz), 19, 20 (teilweise), 21 (ganz), der Gemeinde Altrhede, 23 (teilweise) der Gemeinde Krechting, 11, 12 (ganz) und 13 (teilweise) der Gemeinde Bardingholt belegenen Grundstücke, sollen in Gemäßheit des Gesetzes vom 21. September 1920 (G. S. S. 453) einem Umlegungsverfahren unterworfen werden.

Termin zur Anhörung der Beteiligten über die Voraussetzungen der Umlegung und die Bildung des Umlegungsbezirkes wird hiermit für die Beteiligten mit dem Namensanfangsbuchstaben

B: auf Montag, den 26. März 1928, vormittags 10¼ Uhr;
A und C: auf Montag, den 26. März 1928, nachmittags 14½ Uhr;
F: auf Montag, den 26. März 1928, nachmittags 15½ Uhr;
D: auf Dienstag, den 27. März 1928, vormittags 10¼ Uhr;
E: auf Dienstag, den 27. März 1928, vormittags 11½ Uhr;
G: auf Dienstag, den 27. März 1928, nachmittags 14 Uhr;
M: auf Dienstag, den 27. März 1928, nachmittags 15 Uhr;
H: auf Mittwoch, den 28. März 1928, vormittags 10¼ Uhr;
J und N: auf Mittwoch, den 28. März 1928, nachmittags 15 Uhr;
K: auf Donnerstag, den 29. März 1928, vormittags 10¼ Uhr;
L: auf Donnerstag, den 29. März 1928, mittags 12 Uhr;
O, P, Q: auf Donnerstag, den 29. März 1928, nachmittags 14½ Uhr;
R: auf Donnerstag, den 29. März 1928, nachmittags 15½ Uhr;
T: auf Freitag, den 30. März 1928, vormittags 10¼ Uhr;
U: auf Freitag, den 30. März 1928, nachmittags 14½ Uhr;
V: auf Freitag, den 30. März 1928, nachmittags 15½ Uhr;
S: auf Sonnabend, den 31. März 1928, vormittags 10¼ Uhr;
W bis Z: auf Sonnabend, den 31. März 1928, nachmittags 14 Uhr;

in der Wirtschaft von Franz Rößing zu Rhede anberaumt, zu dem Sie hierdurch geladen werden.

Einwendungen müssen im Termin mündlich angebracht und begründet werden.

Coesfeld, den 11. Februar 1928.

Der Kulturamtsvorsteher:
gez. Peitz, Regierungsrat.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Die Sperre, welche angeordnet war über das Gehöft der Witwe Epeling zu Dingden, Dorfb. Nr. 45 und das hierzu abgegrenzte Gebiet, wird aufgehoben.

Die Seuche in diesem Bezirk ist erloschen.

Vorstehende Viehseuchenpolizeiliche Anordnung tritt am 17. Februar in Kraft.

Der Landrat.

Versäumen Sie an den Karnevalstagen nicht den Besuch des

Restaurants Wildör

Sie werden zufrieden sein.
Täglich Konzert.
Ia. Getränke bekannter Güte.

Das dem Herrn **Heinrich Bungert** gehörige, vor dem Neutor in der Nähe von Liebrand belegene

Grundstück

zur Größe von 400 Ruten

habe ich zum Verkaufe an der Hand und wollen Reflektanten Angebote bei mir abgeben.

Theodor Hidding.

Gegen bequeme Teilzahlung liefere ich Ihnen

Radio-Apparate

In allen Preislagen.
Unverbindliche Vorführung.

Optiker Winkler
Neustr. 18.

2 hochtragende, schwarzbunte

Rinder

(von guten Muttertieren mit Leistungsnachweis abstammend) hat preiswert zu verkaufen oder zu vertauschen

Johannes Schilling, Viehhändler, Bocholt, Ostwall 58. Tel. 2907.



Statt besonderer Anzeige.

Freunden und Bekannten die betrübende Nachricht, daß unser ältester Sohn und lieber Bruder, der Schüler des Gymnasiums

Thomas Andreas Carstensen

im 11. Lebensjahre sanft im Herrn entschlafen ist

Schweren Herzens und in tiefer Trauer

Hermann Carstensen und Frau
Hedwig geb. Tychsen.
Hans August Carstensen.

Bocholt, den 17. Februar 1928.

Die Beerdigung findet statt Sonntag, den 19. Febr., nachmittags 2 Uhr vom St. Agnes-Hospital aus, wozu wir freundl. einladen.

Mifa

DAS QUALITÄTS-FAHRRAD

64 – 85 – 96 – 105 M Kassapreis usw.
Wochenraten von 2.50 M an
FABRIK-VERKAUFSTELLE
Bocholt i. W., Dinxperloerstr. 23.
Leiter: **Wilh. Terhardt.**



KATALOG GRATIS

DIREKT AB FABRIK

2.–8. 2. 1925 **1. Stuttgarter 6-Tagerennen**
Sieger: van Kempen–Frankenstein, 2. Rieger auf **Mifa**

Capitol-Theater

Ab heute (Freitag)
bringen wir unser großes Russenprogramm
im Film und auf der Bühne.

Im Film:

SCHWARZE NATASCHA



Ein Prunkfilm von unerreichtem Ausmaß, der im Rahmen einer spannenden Handlung das Schicksal der russischen Prinzessin Natascha behandelt. Packende Bilder aus dem alten und neuen Rußland und dem geheimnisvollen Osten bilden den Hintergrund **10 Akte.** dieses hervorragenden Kunstwerkes. **10 Akte.**

Auf der Bühne:

Das große Ereignis für Bocholt.

GASTSPIEL

des Russischen Künstler-Theaters

ARLEKIN

17 russische Damen und Herren unter Mitwirkung des

Heldentenors Jewgenie K. Gorganski,
Mitglied der Moskauer Oper. Großes Balalaika-Orchester.

Eigene prachtvolle Kostüme und Dekorationen.

Volkslieder und Tänze, u. a. die großartige Szene

Das Lied der Wolgaschiffer

Inszenierte Opernarien, Romanzen, Volkslieder, Parodien und Grotesken, stilisiert im harmonischen Spiele dekorativer Farben, Worte, Musik und Tänze.

Die Truppe ist erst ganz kurze Zeit in Deutschland. Sie hat in **Dresden, Leipzig, Magdeburg** und **Kassel** die allergrößten Erfolge erzielt.

Frühzeitiges Kommen sichert gute Plätze.
Fahrräder werden aufbewahrt.

Reichels **Husten-Tropfen** Marke Medico

das allerprobte Rezept, erhältlich in Drog. u. Apoth. M 0.80 u. 1.50. Echt nur mit Marke Medico und Firma Otto Reichel, Berlin

Bestimmt zu haben bei Drogerie Bruns.

Kreuzbund

Unsere **Betstunde** ist nur in St. Georg von 4—½5 Uhr.

Fastnachtsmontag, den 20. Febr., **abends 8 Uhr im Jugendheim** Dietrichstraße

Lustiger Abend

mit Theater, Gesang usw.

Es ladet alle frdl. ein
Der Vorstand.

Kath. Gesellen-Verein Rhede

Am Sonntag, den 19. Februar 1928, morgens 7,30 Uhr **gemeinschaftliche hl.**

Kommunion

anschließend **Kaffee.**
Heute Freitag, abends 8,30 Uhr

Religionsvortrag

im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Kaufe

Kognak- und Rotweinflaschen

Drogerie Bruns.

Eine Gelegenheit zum billigen Einkauf von

Knaben- u. Burschen-Konfektion

bietet mein

Total-Ausverkauf

Knaben-Anzüge
jetzt 5.00 7.00 9.00 12.00
früherer Preis teilweise das Doppelte.

Burschen-Anzüge
jetzt 12.00 18.00 26.00 35.00
zum Teil auf die Hälfte herabgesetzt.

Knaben-Anzüge
jetzt 15.00 18.00 22.00 26.00
darunter elegante Sachen, auch Kommunion-Anzüge.

Burschen-Paletots
jetzt 12.00 18.00 26.00 35.00
Wert größtenteils das Doppelte.

Knaben-Paletots
jetzt 2.50 5.00 7.00 12.00
früherer Preis teilweise das Doppelte

Orig. Kieler Anzüge
Orig. gestrickte Anzüge mit **20** % Rabatt.

L. B. Löwenstein

Fahr D-RAD

Das D-Rad 1928

berücksichtigt die besonderen Wünsche unserer Kundschaft. Es weist

ohne Preiserhöhung

wesentliche Verbesserungen auf.

Moderne Linienführung und unsere umfangreichen Erfahrungen aus Straßen- und Zuverlässigkeitsfahrten sind in diesem Modell vereinigt.

Preis: Mit Hupe, Werkzeug, Kniepolster

RM. 1190.—

Zahlbar: In bar mit 2½ % Skonto oder in 12 Monatsraten bei einer Anzahlung von 25 % und mäßigem Aufschlag auf den Restbetrag. Kein Versicherungszwang! Festangestellten besonders günstige Zahlungsbedingungen.

Lieferung: Sofort ab Lager.

Deutsche Industrie-Werke AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-SPANDAU
Willi van Oepen
Bocholt, Ravardistraße.

Massage!

Empfehle mich zur Ausführung von
Ganz- und Teilmassage
nach Methode Metzjer-Zabludowski.
Wilh. Koch,
fachärztl. geprüfter Masseur.
Aufträge erbitte an die Drogerie **Gebr. Steiner,** Markt 8.

Schöne

3-Zimmerwohnung

in besserem Hause (Stadtmitte), an ruhige Familie sofort zu vermieten. Suchender muß auf der Dringlichkeitsliste stehen.

Angebote unter **C. 1329** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter: 12 Pf. lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2,85 Goldmark, Einzelpreis 10 Pf.

Wanderverein
Bocholt e. V.
gegr. 1913.

Samstag abend 7,11 Uhr

Kostümfest

im „Bürgerkrug"
Es ladet freundl. ein
Der Vorstand.
Einführung gestattet.



Restaurant Wildör

Ab Samstag abend bis einschließlich den Dienstag:

KONZERT

Es ladet freundl. ein **B. Wildör.**

Mehrere

Jungen

nach der Schulzeit für leichte Arbeit gesucht.

J. & A. Temming,
Buchhandlung.

Krücken

einfach u. verstellbar in allen Preislagen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

3-Zimmerwohnung

mit eigenem Keller beziehbar zum 1. April zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein ordentlicher

Junge

mit guter Schulbildung zu Ostern in die Lehre gesucht.

Dietr. Lensing,
Maler- u. Anstreichermeister,
Langenbergstr. 62.

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten, Blutarmut, Herzklopfen, nervöse Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Schwächezustand, aller Art, Unlust zur Arbeit, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur durch

Doppelherz

dem von der Wissenschaft anerkannt. Nervenkräftigungsmittel, behandelt werden. Allein echt mit der Herzschwester.

Originalflasche G. M. 2.—, 3.90 und 5.— Echt zu haben durch

Drogerie Bruns,
Nordstr. 22.

Habe noch einige

Kanarien-Weibchen

abzugeben.
Rebenstr. 35.

Für die

Karnevalstage

halte ich mich zum

Frisieren und Schminken

bestens empfohlen.
Wwe. H. Rolf.
Nordstraße 4.

Eine junge güste

Kuh

zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine junge, schwere, schwarzbunte

Kuh

gegen eine hochtragende Kuh oder Rind zu vertauschen.

Joseph Bruns,
Lowick 22, b. Bocholt.

Junger

Mann

aus der Textilbranche, (21 Jahre), mit guten kaufm. Kenntnissen und allen im Lager und Kontor vorkommenden Arbeiten (einschließl. Stenographie- und Maschinenschreiben) vertraut, sucht zum 1. April, evtl. früher, anderweitig Stellung.

Gefl. Zuschr. unter **C. 1330** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Ein intelligenter

jung. Mann

nicht unter 20 Jahren, für die Färberei gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein ordentlicher Junge als

Maler- und Anstreicherlehrl.

zu Ostern gesucht.

Friedrich Bongers,
Maler- u. Anstreichermeister.
Gasthausplatz

Suche für sofort ein älteres, zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit.

Frau Richard Kloppert
Hamminkeln.

Zu sofort ein sauberes, fleißiges

Mädchen

für Vormittags gesucht

Näheres:
Dinxperloer Ch. 16.